

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadträtin Christa Köhler (CDU) Stadträtin Isolde Haller (CDU) Stadtrat Dr. Albert Käuflein (CDU) Stadtrat Johannes Krug (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 21. Oktober 2013	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	55. Plenarsitzung Gemeinderat 19.11.2013 2013/0160 18 öffentlich
Finanzielle Anreize für soziale Arbeit von Asylbewerbern („1-Euro-Jobs“)		

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung prüft und zeigt Möglichkeiten für Beschäftigungsverhältnisse von Asylbewerbern der LEA auf, die im Rahmen der Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes möglich sind, und legt diese dem Gemeinderat zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vor.

Sachverhalt/Begründung:

Nach dem Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) kann derzeit frühestens nach einem Jahr Aufenthalt im Bundesgebiet die Ausübung einer Beschäftigung für Asylbewerber erlaubt werden. Allerdings eröffnet das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) eine Beschäftigung der in der LEA wohnenden Asylbewerber. In der Einrichtung selbst oder bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern sind unter bestimmten Voraussetzungen ebenso Beschäftigungen möglich. Für die zu leistende Arbeit wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1,05 € pro Stunde gesetzlich vorgegeben.

Durch die Eröffnung von Beschäftigungsmöglichkeiten der erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohnern der LEA erhalten diese eine hilfreiche Unterstützung für die Gestaltung einer stabilen Tagesstruktur. Gleichzeitig können sie durch den Zuverdienst zu den regelmäßigen staatlichen Leistungen ihre Lebenssituation aufwerten.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Christa Köhler

Isolde Haller

Dr. Albert Käuflein

Johannes Krug

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

8. November 2013